



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 07.10.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:34 Uhr bis 18:21 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Iris Frühling	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertretung für Herrn Schöder
Guido Haak	CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Katharina Kohl	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), anwesend ab 17.35 Uhr
Philipp Pieloth	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertretung für Frau Kohl, anwesend bis 17.34 Uhr
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Maria Gringer	Fraktion Volt/MitBürger, Vertretung für Frau Labusga
Mario Kerzel	Fraktion Hauptsache Halle, Vertretung für Herrn Schachtschneider, anwesend bis 16.58 Uhr
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale), anwesend ab 16.40 Uhr
Andreas Hemming	Sachkundiger Einwohner
Frederike Horn	Sachkundige Einwohnerin
Johannes Luppe	Sachkundiger Einwohner
Martin Thiele	Sachkundiger Einwohner
Olga Tidde	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Daniela Suchantke	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit
Sabine Ernst	Leiterin Fachbereich Soziales
Steve Müller	Leiter Abteilung Soziale Hilfen
Dr. Sebastian Meißner	Sozialplaner
Anika Seidel-Jähnig	Referentin
Katrin Jäger	Suchtkoordinatorin
Dr. Toralf Fischer	Bbeauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Frank Lange	Amtstierarzt
Sophia Waldowski	stellvertretende Protokollführerin
Oliver Paulsen	Leiter DLZ Integration

Entschuldigt fehlten:

Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Olaf Schöder	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Jan Riedel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sarah Labusga	Volt/MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Marcel Funk	Sachkundiger Einwohner
Sabrina Otto	Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie informierte darüber, dass Herr Riedel neues Mitglied im Gremium ist.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt sagte, dass nichts auf die Tagesordnung zu setzen ist.

Frau Gringer sagte, dass der TOP 6.1, Antrag der Fraktion Volt / MitBürger zur Einrichtung eines Budgets für Öffentlichkeitsarbeit für den Behindertenbeirat, vertagt werden soll.

Herr Kerzel sagte, dass der TOP 6.2, Antrag der Fraktion Hauptsache Halle zur Prüfung der Möglichkeiten hinsichtlich der Errichtung von Bestattungswäldern, vertagt werden soll.

Frau Haupt machte auf eine neue Mitteilung aufmerksam: Jahresplanung 2025. Diese wird als TOP 7.1 behandelt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, somit bat **Frau Haupt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 4.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.09.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024
Vorlage: VIII/2025/01586
- 5.2. Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA
Vorlage: VIII/2025/01331
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten

7. Mitteilungen
 - 7.1. Jahresplanung 2025
Vorlage: VIII/2025/01739
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
 - Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
 - 10.1. Niederschrift vom 09.09.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 4.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 09.09.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 09.09.2025. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2026, Haushaltskonsolidierungskonzept 2026 sowie den Beteiligungsbericht 2024 Vorlage: VIII/2025/01586

Frau Suchantke führte anhand der Vorlage in den Haushalt des Geschäftsbereichs der Gleichstellung ein. Sie machte darauf aufmerksam, dass der Bereich in den Unterlagen jetzt

„Gleichstellung von Frau und Mann“ heißt. Die ausgewiesenen Mittel sind zum Vorjahr gleichgeblieben.

Frau Haupt fragte, warum die Umbenennung erfolgt ist. Das ist ein Rückschritt, da die Haushaltsstelle vorher „Gleichstellung der Geschlechter“ hieß. Sie fragte, an wen die Kritik darüber zu richten ist.

Frau Suchantke sagte, sie die Umbenennung nicht veranlasst hat. Sie hat angezeigt, dass es „Gleichstellung der Geschlechter“ heißen muss, wie es auch in den beiden Vorjahren der Fall war. Die grundsätzliche Aufgabe dieses Bereichs ist die Gleichstellung der vielfältigen Geschlechter.

Frau Haupt sagte, dass es der gleiche Ansatz wie im vergangenen Jahr ist. Sie fragte, ob bereits eine Übersicht über die Anträge, die von den Trägern kommt, existiert und ob man einschätzen kann, wie der Stand ist.

Frau Suchantke sagte, dass bereits Anträge eingegangen sind und auf formale Richtigkeit überprüft wurden. In der Tiefe wurden sie noch nicht geprüft. Vermutlich werden die gestellten Anträge die eingestellte Fördersumme übersteigen.

Frau Haupt fragte, ob das mehr die Sach- oder Personalkosten betrifft.

Frau Suchantke erklärt, dass sie diese Information und wie hoch die Überschreitung der beantragten Förderung zu den eingestellten Mittel ist, nachreichen wird.

Frau Seidel-Jähni sagte, dass mit der letzten Organisationsverfügung in dem Fachbereich neue Struktureinheiten dazugekommen sind. Zum einen sind das die Beauftragten für Kinder und Jugend, für Menschen mit Behinderung und die Seniorenbeauftragte. Darüber hinaus ist das DLZ Integration und Demokratie zum Fachbereich gewechselt. Ansonsten gibt es im GB IV keine großen Veränderungen oder Neuerungen.

Frau Haupt fragte, ob der Eigenbetrieb EfA sich heute extra vorstellen wird.

Frau Seidel-Jähni sagte, dass man Fragen zum Eigenbetrieb EfA mitnehmen möchte.

Frau Krause fragte, was die Abkürzung EfA bedeutet.

Frau Haupt sagte, dass das die Abkürzung für Eigenbetrieb für Arbeit ist.

Frau Ernst führte anhand der Präsentation in den Haushalt des Fachbereiches Soziales ein. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Heym fragte zum Posten Bestattungskosten. Dort werden knapp eine Millionen Euro veranschlagt. Er fragte, welcher Personenkreis davon hauptsächlich betroffen ist und woher diese Aufwendungen dafür kommen.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Heym fragte, dass aktuell Sterbeversicherungen beworben werden. Wenn man einen Personenkreis hat, bei dem man weiß, dass Leistungen bezogen werden und vermutlich eine Bestattung nicht selbst finanziert werden kann, könnte man prüfen, ob eine Sterbeversicherung für den Haushalt günstiger wäre.

Frau Ernst fragte, ob es Ziel ist, mit Hilfe der Versicherung städtische Leistungen zu reduzieren.

Herr Heym sagte, dass aus dem Haushalt eine Versicherung finanziert werden soll, um den Haushalt um den Betrag der Bestattungskosten zu entlasten. Zumindest in den Fällen, wo die Tendenz für eine gewisse Personengruppe absehbar ist.

Frau Ernst sicherte eine schriftliche Antwort zu.

Frau Haupt sagte, dass die Sozialkosten allgemein in der Stadt angestiegen sind. Die Pflichtleistungen werden nicht 1:1 bezahlt. Es bleibt ein großer Teil der Kosten in der Kommune hängenbleiben. Sie äußerte ihren Missmut darüber. Die Bedarfe wachsen und wer Anspruch auf Leistungen hat, soll diese auch bekommen. Sie fragte, ob beziffert werden kann, wie hoch der Mehrbedarf aus dem kommunalen Haushalt sein wird.

Frau Ernst sagte, dass die Verwaltung in den vergangenen zwei Jahren intern zahlreiche Prozesse optimiert hat. So wurde im vergangenen Ausschuss die Satzung über die Unterbringung Obdachloser und Geflüchteter beschlossen, die eine Grundlage für optimierte Strukturen und Abläufe bildet. Aktuell werden die Themen Betriebskosten und -abrechnungen überprüft, da hier Potenzial zur Kostenreduzierung gesehen wird. Unabhängig davon steigt die Anzahl der Anspruchsberechtigten stetig, etwa durch die Reform des Wohngeldgesetzes. Zur Frage der Mehrbedarfe sagte sie eine schriftliche Antwort zu.

Frau Haupt sagte, dass das ein wichtiger Punkt ist. Sie möchte wissen, was der Kommune fehlt, was aus eigenen Mitteln angesetzt werden soll.

Frau Gringer fragte zu den Beauftragten für Senioren, Menschen mit Behinderung und Kindern und Jugendlichen. Auf Seite 827 sind nur die Sachkosten und sonstige Aufwendungen aufgeführt. Sie fragte, wie sich die Beiträge auf die drei Beauftragten verteilt und wo die Personalkosten verbucht werden.

Frau Brederlow sagte, dass Personalkosten generell über das Personalamt gebucht werden. Sie berichtete von einer zusätzlichen Stelle in ihrem Geschäftsbereich. Diese wird über eine Projektförderung finanziert werden. Diese Stelle gehört zu einem Modellprojekt der Pflegekassen zum SGB XI, Paragraph 123. Die Pflegekassen führen dazu bundesweit Projekte durch. Das Land Sachsen-Anhalt hatte dazu einen Aufruf gestartet.

Die Stadt Halle wurde im Verbund mit zwei weiteren kreisfreien Städten für die Förderung ausgesucht. Halle wird die Koordinierung übernehmen. Sie sagte, dass der endgültige Zuschlag noch nicht erfolgt ist. Sie sagte, dass im Wesentlichen alles im Geschäftsbereich gleichgeblieben ist.

Frau Haupt sagte, dass die Fragebögen zu den Haushaltsfragen wieder eingestellt wurden. Es stehen auch ausgedruckte Exemplare bei der Protokollführung zur Verfügung.

Frau Brederlow sagte, dass die Fragebögen laufend eingereicht werden können und auch laufend bearbeitet werden. Sie bat darum, dass Fragen für den kommenden Ausschuss mindestens eine Woche vorher zugesendet werden sollen, damit eine Antwort möglich ist.

Frau Gringer fragte zu Kürzungen beim Halle-Pass. Dieser wird sehr wenig genutzt. Sie fragte, wie das zu rechtfertigen ist.

Frau Ernst nahm Bezug auf die Nachfragen im Sommer. So konnte der Halle-Pass aufgrund des Haushaltserlasses vorübergehend nicht ausgegeben werden. Die Gewährung von freiwilligen Leistungen im Bereich Halle-Pass und die Durchführung der Wohnprojekte wurde intern geprüft und anschließend freigegeben.

Frau Gringer signalisierte Zustimmung.

Herr Heym sagte, dass er sich daran erinnert, dass das Landesverwaltungsamt feststellte, dass der Haushalt in Halle in etwa sechs Prozent freiwillige Leistungen enthält. Erwartbar seien zwei Prozent. Er fragte, ob er da richtigliegt.

Frau Brederlow sagte, dass das eher eine Frage für den Finanzausschuss ist, da diese Frage den Bereich von Herrn Geier betrifft.

Herr Heym sagte, dass sich nicht einzelne Mitarbeiter für bestimmte Dinge rechtfertigen müssen unter dem Druck, unter dem wir alle stehen. Er regte an, dass das im Auge behalten werden sollte, bevor solche Fragen im Detail diskutiert werden. Das ist ihm wichtig und er findet es sonst ungerecht.

Frau Dr. Gröger führte anhand der Präsentation in den Haushalt des Fachbereichs Gesundheit ein. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Heym sagte, am Beispiel Belehrung Paragraf 43, Infektionsschutzgesetz, erkennt man die Problematik der Finanzierung. Er fragte, ob der Rückgang an den Einnahmen und der Zusammenhang, dass es sich um eine Pflichtleistung handelt, die man anbieten muss, bedeutet, dass eine Schiefelage entstehen kann. Der Zuschussbedarf der Stadt steigt, ohne das adäquate Einnahmen generiert werden. Er fragte, ob es im Moment noch unbedenklich ist, dass es zur Belastung wird, oder ob man bereits an einer kritischen Stelle ist bei dieser Pflichtaufgabe.

Frau Dr. Gröger sagte, dass man Teil der sogenannten OZG-Maßnahme im Rahmen der Digitalisierung der Stadtverwaltung und des Landes ist. Es wurde in Aussicht gestellt, dass zum 01. November 2025 auch in Halle die Online-Belehrungen durchgeführt werden können. Kritisch zu sehen ist die Bezahlmöglichkeit, welche aktuell nur aus Zahlung per VISA-Karte besteht. Sie sagte, das stellt eine Hürde dar und die Inanspruchnahme nicht in dem Maße erfolgen wird, wie es sich gewünscht und vorgestellt wird. Weiterhin werden Vor-Ort-Termine angeboten werden.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass seit Anfang des Jahres auch das DLZ Integration im Geschäftsbereich verortet ist. Die dazugehörigen Zahlen kann man im Haushalt finden, mit minimalen Veränderungen. Nachfragen können hierzu auch für den nächsten Ausschuss eingereicht werden.

Herr Haak stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2026 mit dem Haushaltsplan 2026.
2. Der Stadtrat beschließt das Haushaltskonsolidierungskonzept zum Haushaltsplan 2026. Der Oberbürgermeister wird mit der Umsetzung des Konzeptes beauftragt. Finanzielle Auswirkungen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sind in den Haushalt 2026 und in die Finanzplanung der Folgejahre einzustellen.
3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die städtischen Beteiligungen, bei denen die Stadt Halle (Saale) einen beherrschenden Einfluss hat, in die Haushaltskonsolidierung einzubeziehen. Im Zeitraum 2026 bis 2030 sind nachhaltig

wirkende, haushaltsentlastende, unternehmenskonkrete Beiträge zur Haushaltssicherung i. H. v. mindestens 13 Mio. EUR zu identifizieren, zusammen mit einer Einschätzung damit verbundener Effekte für die Stadt und das jeweilige Unternehmen zu bewerten sowie hinsichtlich ihrer Tragfähigkeit abzuwägen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

4. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2024 zur Kenntnis.

zu 5.2 Sozial- und Jugendhilfeplanung nach FamBeFöG LSA Vorlage: VIII/2025/01331

Frau Brederlow sagte, dass im letzten Jahr keine Beratung dazu durchgeführt wurde, weil es mehrjährig beschlossen wird. Die Landesmittel steigen, wenn überhaupt, nur marginal. Der Anteil, den die Stadt zu leisten hat, wird immer höher. Sie sagte, umso wichtiger ist es, sich die Planung immer wieder vorzunehmen. Der Zensus hat auch seine Auswirkung in den Landesmitteln. Die Verwaltung bekommt dadurch weniger Mittel, als sie bekommen hätte, wenn die tatsächliche Bevölkerungszahl ran gezogen worden wäre.

Die Mittelzuweisung erfolgt anhand der Bevölkerungszahlen. Die Planung wird zum Anlass genommen werden, um als Stadt auf das Ministerium und den Landtag zuzugehen, um die tatsächlichen Herausforderungen, die in den Kommunen da sind, miteinbeziehen. Sie sagte, es sollte ein Sozialfaktor mit eingeführt werden, neben dem Bevölkerungsfaktor.

Herr Dr. Meißner führte in die Vorlage ein und bat um Zustimmung.

Herr Pieloth sagte zur Seite 66, unter dem Punkt 5.1.4., Bedarfe bei Schwangerschaftsberatungsstellen, wird angegeben, dass es eine schlechtere Erreichbarkeit der Behörden in Halle gibt, insbesondere bei der Familienkasse, der Wohngeldstelle und auch die Bereiche des Jugendamtes. Er fragte, inwiefern es hier bereits Lösungsansätze gibt.

Herr Dr. Meißner sagte, man wird in die Gespräche gehen mit den entsprechenden Stellen. Außerdem wird in den Trägerversammlungen in den Einzelgesprächen darauf eingegangen werden, was die kritischen Aspekte sind und wie man nachsteuern kann.

Frau Brederlow sagte, dass in der Wohngeldstelle im Fachbereich Soziales in der Südpromenade demnächst ein Frontoffice als Pilotprojekt eingerichtet wird. Dadurch soll die Erreichbarkeit für Sozialleistungen im Fachbereich Soziales verbessert werden.

Herr Heym fragte, ob die Kommunikationswege und Möglichkeiten ausreichend kommuniziert sind, da der Eindruck entsteht, die Erreichbarkeit wäre nicht da. Es kann viel Geld in Frontoffice investiert werden. Wenn das aber bei dem begrenzten Budget die Folge hat, dass im Backoffice nicht mehr entsprechend bearbeitet werden kann, dann ist das nicht zielführend.

Frau Haupt fragte, ob es eine Anhörung zu den Berichten geben wird und welche Möglichkeiten gibt es, diese Problematik, dass die Finanzen immer weniger werden, anzubringen.

Frau Brederlow sagte, dass es kein Feedback gibt. Dies wird aber diesmal eingefordert werden. Hier muss das Land bei den Förderungen, die sie ausgeben, nachdenken, wie sie das tatsächlich tun. Bisher gibt es den Flächenbonus. Es geht um wichtige Beratungsangebote. Sie sagte, dem Land wäre damit geholfen, einen Teil der Beratungsangebote, wie zum Beispiel die Schwangerschaftskonfliktberatung und die

Insolvenzberatung, bezahlt das Land direkt. Wenn man dann weiß, welche Daten dahinterliegen, sollte das Land daran Interesse haben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, somit bat **Frau Haupt** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat stimmt der Fortschreibung der Sozial- und Jugendhilfeplanung gemäß Anlage 1 nach dem Gesetz zur Familienförderung und zur Förderung sozialer Beratungsstellen des Landes Sachsen-Anhalt (FamBeFöG LSA) für die Jahre 2026 bis 2028 zu.

2. Unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Haushaltsplanes 2026 wird dem Vorschlag der Verwaltung zum Planansatz 2026

- a) für die Suchtberatungsstellen und
- b) für die Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen

zugestimmt.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Jahresplanung 2025
Vorlage: VIII/2025/01739**

Frau Haupt sagte, dass die Jahresplanung zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Seidel-Jähmig wies darauf hin, dass der Themenspeicher für die Dezembersitzung befüllt wurde, mit der Vorstellung verschiedener Einrichtungen. Außerdem werden zeitnah die Bereiche abgefragt bezüglich der Jahresplanung 2026 bis zur Sommerpause. Weitere Themen können gerne vorgeschlagen und eingereicht werden.

zu 7.2 Frau Suchantke zum Weltmädchentag

Frau Suchantke informierte über den Weltmädchentag, der am 11.10.2025 stattfindet. Dazu werden vor dem Stadthaus Fahnen gehisst und es wird am 11.10.2025 einen Aktionsstand geben. Es soll auf die Situation von Mädchen und Mädchenrechte weltweit hingewiesen werden. Alle Informationen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 7.3 Frau Suchantke zur 25 Jahre Frauenorte

Frau Suchantke informierte über die Jubiläumsveranstaltung zu 25 Jahren Frauenorte, die am 27.10.2025 im Stadthaus stattfinden wird. Alle Informationen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 7.4 Frau Suchantke zu 30 Jahre Hallesche Frauenkulturtage

Frau Suchantke informierte über das Jubiläum 30 Jahre Frauenkulturtage, welches am 07.11.2025 im Stadthaus stattfindet. Anschließend gibt es 14 Tage ein vielfältiges Programm. Alle Informationen dazu sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 7.5 Frau Suchantke zum Tag gegen Gewalt an Frauen

Frau Suchantke informierte zum Tag gegen Gewalt an Frauen, der am 06.11.2025 in der Marktkirche mit einer Ausstellung und einer Podiumsdiskussion eröffnet wird. Anschließend gibt es ein vielfältiges Programm an verschiedenen Tagen. Am 25.11.2025 gibt es ein Fahnenhissen vor dem Stadthaus. Die Aktion mit den Bäckertüten wie im letzten Jahr, gibt es dieses Jahr vor dem Gesundheitszentrum in der Silberhöhe.

zu 7.6 Frau Ernst zu Förderprogrammen

Frau Ernst informierte darüber, dass die EU-Kommission einer grundsätzlichen Verlängerung von ESF Plus-Programmen über den 30.09.2027 hinaus zugestimmt hat. Das Programm „Zusammenhalt stärken - Menschen verbinden“ kann damit um ein Jahr verlängert werden. Die Verwaltung wird nunmehr eine Verlängerung beantragen, da das Programm eine bedeutende Rolle bei der Förderung von Wohnprojekten spielt, darunter das Trainingswohnen und das Projekt „Housing First“. Sie kündigte an, dass im Dezember 2025 im Ausschuss eine Auswertung der Wohnprojekte nach einjähriger Pilotphase erfolgt.

zu 7.7 Frau Ernst zum "Haus der Wohnhilfe"

Frau Ernst informierte, dass die Stadt derzeit prüft, in welcher Form künftig die Unterbringung im „Haus der Wohnhilfe“ erfolgen soll. Dabei werden verschiedene Optionen betrachtet – darunter die Sanierung des Bestandsobjektes, die Anmietung geeigneter Räumlichkeiten, ein möglicher Neubau sowie die Weiternutzung anderer städtischer Immobilien. Ziel ist es, die wirtschaftlich und funktional beste Lösung für den Standort bzw. die Bedarfe zu ermitteln sowie dem Stadtrat einen Vorschlag für einen Grundsatzbeschluss vorzulegen. Sie sagte, dass dies für das erste Quartal 2026 geplant ist. Unabhängig davon werden verschiedene Themen im Haus weiter vorangetrieben.

Zur Anregung in der Einwohnerfragestunde im Ausschuss am 09.09.2025 informierte sie, dass ein Spender Kleiderspinde zur Verfügung stellen wird. Diese können zeitnah aufgestellt werden. Sie dankte dem Einwohner für die Anregung und bat Herrn Hemming um die Weitergabe der Information an interessierte Netzwerkpartner.

Frau Haupt erinnerte daran, dass bei Einreichung der Vorlage bedacht wird, dass der Familienteil und der Teil der Menschen, die nur über Nacht kommen, geteilt werden soll. Sie fragte, ob dies mitberücksichtigt wurde.

Frau Ernst sagte, dass zugleich ein Konzept vorgelegt werden soll, das die künftigen Aufgaben und Anforderungen beschreibt. Im zweiten Schritt kann beraten werden, in welcher Form diese umgesetzt werden sollen.

zu 7.8 Frau Ernst zur Vorstellung im November

Frau Ernst informierte darüber, dass der Verein Medinetz Halle/Saale e. V. in der Sitzung am 11.11.2025 über das Thema elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete informieren und mit dem Ausschuss in den Dialog treten will.

zu 7.9 Frau Dr. Gröger zum Sachstand Rattenpopulation

Frau Dr. Gröger informierte über die deutliche Zunahme von Meldungen von Rattensichtungen im Portal „Sag`s uns einfach“. Das ist ein positiver Effekt. Sie sagte, dass im Rahmen der Haushaltsplanung die Vergabe für diese Leistungen in einer konstanten Summe hinterlegt wurde. Auf Flächen, die vermietet, verpachtet oder verkauft sind, hat die Verwaltung keinen Einfluss, da hier die Rattenbekämpfung durch die Eigentümer erfolgen muss.

Sie sagte, dass Infoblätter in verschiedenen Sprachen zusammengetragen wurden. Diese wurden unter anderem an den Eigentümer der Häuser im Braunschweiger Bogen weitergeleitet, mit der Bitte, diese dort auszuhängen. Es wird weiter eruiert, wie diese Information an die Zielgruppe weitergetragen werden kann. Ein großes Maß an Eigenverantwortung muss jeder selbst aufbringen.

Das größte Problem ist weiterhin der liegengebliebene Müll. Sie sagte, mit Stand 30.09.2025 gibt es in allen Stadtbezirken Zuwächse in den Meldungen und Bekämpfungen. Die größten Zuwächse gibt es im Stadtgebiet West. Alle Informationen zum Sachstand der Rattenbekämpfung sind im Ratsinformationssystem hinterlegt.

zu 7.10 Frau Dr. Gröger zur Modellregion Cannabis

Auf Antrag der Stadträtin Frau Krause wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Frau Dr. Gröger

Dann ist es jetzt ein ganz schön rapider Themenwechsel hier. Wir hatten vor einiger Zeit ja mal berichtet, dass im Rahmen, oder Sie kennen das aus dem Stadtratsbeschluss, Modellregionen Cannabis. Das geht langsam voran, langsam auch deshalb, weil es gab initial 4 Interessenten, die zumindest mal Kontakt mit Frau Jäger aufgenommen hatten, mit drei Interessenten konnten Gespräche geführt werden. Der vierte hat sich dann aus uns bisher nicht eruierbaren Gründen nicht wieder gemeldet.

Wir haben also inzwischen gesprochen mit Grünhorn. Das ist Canimed oder Canymed, das weiß ich jetzt gar nicht, wie man es ausspricht. Dann NRI Investments GmbH und mit Cannura. Die drei hatten ihre Vertreter zu uns zum Gespräch geschickt. Die hatten ja auch alle Vorstellungen schon formuliert. Wir haben dann in den Gesprächen auch nochmal nachgefragt, inwiefern gegebenenfalls Verhandlungsbereitschaft da ist für verschiedene Aspekte, zum Beispiel mit dem Alter der teilnehmenden Probanden.

Da läge mir als Mediziner natürlich am Herzen, nicht mit 18 anzufangen, sondern eben frühestens mit 25. Wenn man den Neurologen und Psychiatern folgt, ist die Hirnentwicklung erst mit 27 quasi abgeschlossen, sodass wir also nachgefragt haben, inwiefern sind sie bereit, dieses Alter da anzupassen. Das war für niemanden ein wirkliches Problem. Und dann war einer der Fragen, die wir klären wollten, natürlich auch die Anzahl der Probanden. Die einen hatten ja überdimensional große Anzahl, 81.000. Wenn man das mal für Halle ausrechnet und dann mal schaut, wie viel über 25-jährige haben wir denn überhaupt, dann müsste quasi fast jeder mitmachen.

Und wir wollen natürlich auch eine Evaluation und wir wollen natürlich auch Ziele formulieren, die jetzt für uns, für die Stadt sehr brauchbar sind und nichts Allgemeines. Deshalb sind wir momentan noch im Austausch mit der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie, hier in Halle an der Uni und wollen mit denen jetzt sozusagen einen Kriterienkatalog nochmal erarbeiten, auch mit dem Blick auf Versorgungsmedizin, Versorgungsanalyse. Und wenn der dann erstellt ist, müssten wir das den drei, momentan noch drei Interessenten zur Verfügung stellen, mit der Frage, ob das etwas ist, was sie sich vorstellen können.

Einer der Anbieter hatte schon Kontakt mit der Uni Hannover. Wir wollen natürlich was Lokales. Die Frage ist dann eben, können sich die beiden Universitäten vorstellen gemeinsam da was zu machen. Also das sind alles noch so Fragen, die geklärt werden müssen. Und wo sich auch jeder, der angefragt wird, natürlich ein gewisses Maß an Bedenkzeit und zur Abwägung auch erbittet, verständlicherweise. Und am Ende wollen wir das ja auch dann für die Stadt gut auf den Weg bringen. Heute im Prinzip kurz vor Ausschuss, ich muss es jetzt kurz suchen in meinen vielen Zetteln, schickte mir Frau Jäger, dass ist leider jetzt, die müssen ja ihren Antrag stellen beim Bund.

Und es ist so, dass Hannover, glaube ich, jetzt die erste Stadt ist, wo der Antrag abgelehnt wurde als Modellregion, obwohl die Stadt das unterstützt hat, hat der Bund im Moment kursiert das jetzt durch die Medien, diesen Antrag abgelehnt. Die Stadt versucht jetzt rauszufinden, was Ablehnungsgründe konkret waren. Waren sich alle der Meinung, dass sie etwas Gutes eingereicht haben. Ich will nur sagen, selbst, wenn wir unsere Hürde jetzt nehmen, dürfen wir uns da nicht in Sicherheit wägen, das wird dann am Ende auch mit dabei sind.

Es ist, ich suche das mal raus, wir können den Link sonst auch mit dranhängen. Ich hatte es mir eigentlich extra ausgedruckt, aber ich habe heute so viele Zettel dabei.

Ende des Wortprotokolls

zu 7.11 Herr Dr. Fischer zum Behindertenbeirat

Herr Dr. Fischer informierte darüber, dass ein Mitglied des Behindertenbeirates auf seine Mitgliedschaft im Beirat als stimmberechtigtes Mitglied verzichtet. Laut Satzung wurde um Vorschläge für ein neues Mitglied gebeten. Es wurde eine Beschlussvorlage gefertigt, die im Oktober in den Stadtrat gehen soll, vorher erfolgt eine Behandlung im Hauptausschuss. Ein Mensch mit einer persönlichen Einschränkung, der aktiv im Behindertenbereich der Freiwilligen-Agentur tätig ist, wird von der Verwaltung vorgeschlagen. Er bat um Zustimmung.

Frau Haupt begrüßte diesen Vorschlag.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Gringer zum Inklusionspreis

Frau Gringer sagte, dass Im April letzten Jahres der Stadtrat die Einführung eines halleschen Inklusionspreises befürwortet hat. Laut der aktuellen Übersicht zur Umsetzung der Beschlüsse hat die Stadtverwaltung das Landessozialministerium kontaktiert, um zu klären, ob Mittel des Teilhabemanagements verwendet werden dürfen. Es wird um Erläuterungen zu den konkreten Planungen gebeten und ob bereits eine Rückmeldung des Ministeriums zu dieser Anfrage vorliegt.

Frau Seidel-Jähnig erklärte, dass aktuell an der Bearbeitung des Antrags gearbeitet wird. Die Anfrage an das Ministerium diene dazu, zu klären, ob die Verwaltung Gelder für die Durchführung der Veranstaltung einsetzen kann. Eine offizielle Beantwortung gab es bisher noch nicht. Es gibt bereits Ideen und Planungen, wie der Inklusionspreis sinnvoll umgesetzt werden kann, und es wird angestrebt, die Veranstaltung im zweiten Quartal des nächsten Jahres durchzuführen, sofern alles wie geplant verläuft. Es werden weitere Informationen bereitstellen, sobald es eine Rückmeldung vom Ministerium gab.

zu 8.2 Herr Haak zur Vergnügungssteuer

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Haak wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Haak

Frau Vorsitzende, vielen Dank. Ich habe zwei Anfragen. Zum einen wollte ich aus dem Finanzausschuss eine Anfrage, oder, wurde ja im Finanzausschuss, als beschließender Ausschuss, die Vorlage zur Vergnügungssteuer besprochen. Das ist ja der große Oberbegriff. Da gibt es ja vier Teilbereiche. Und das wurde jetzt hier rein aus fiskalischer Sicht betrachtet. Aus sozialpolitischer Sicht würde ich da nochmal nachfassen. Zum einen geht es darum, dass ja die Stadt die Abgaben für betriebene Glücksspielautomaten erhöhen will.

Da war jetzt so ein bisschen meine Nachfrage, oder der Wunsch, dass es hier in unserem Fachgremium noch mitdiskutiert wird, ob das Auswirkungen aus Sicht der Stadtverwaltung hat in Bezug auf Glücksspielsucht, die Betreuung, wenn dort die Abgaben erhöht sind und dann die erhöhten Kosten anfallen. Ob das aus Sicht, aus sozialpolitischer Sicht Auswirkungen hat auf die Betreuung Glücksspielsüchtiger.

Frau Haupt

Das ist die eine Frage?

Herr Haak

Das ist die eine Frage.

Frau Haupt

Wollen wir die erstmal nehmen. Frau Brederlow?

Frau Brederlow

Ja, das geben wir zur Beurteilung mal an die Suchtbeauftragte weiter. Also, wenn bestimmte Ausgaben erhöht werden, könnte man vermuten, dass der Anteil derer, die tatsächlich spielen abnimmt. Zumindest an den Automaten. Die wechseln dann woanders hin, ja. Also, man muss nicht denken, dass die dann kein Glücksspiel mehr betreiben. Aber, es ging ja im Finanzausschuss auch um die zweite Frage, also, würde, welchen Anteil denn tatsächlich

aus der Vergnügungssteuer aus dem Glückspiel tatsächlich auch eingesetzt wird für entsprechende Maßnahmen. Können Sie dazu schon was sagen, Frau Dr. Gröger?

Haupt

Dann würde ich Frau Dr. Gröger und anschließend Herr Heym, ja.

Frau Dr. Gröger

Ja, eigentlich nur ganz kurz. Wir werden das nochmal ganz intensiv mit Frau Jäger besprechen, das ist keine Frage. Aber, wir hatten uns dazu schon ausgetauscht, Frau Jäger und ich und sind eigentlich zu dem Konsens gekommen, und ich meine, das hatte Sie Ihnen auch schon gesagt, dass, ja, wenn man das einsetzen würde, was man da einnimmt, in die Suchtprävention beziehungsweise dann auch dieser Personengruppe, dieser Zielgruppe zugutekäme, dann hätte man ja noch was Gutes getan.

Das ist ja jetzt zur Sanierung des Haushaltes gedacht. Und da gebe ich Frau Brederlow Recht, das ist auch die Meinung, die ich habe und die auch leicht nachvollziehbar ist, dass diejenigen dann eben nicht mehr an dem Automaten sitzen und das macht den Zugang zu diesen Personen unter Umständen viel schwerer, ja. Wenn da jemand regelmäßig käme, könnte man den ansprechen oder eben auch mal da versuchen Kontakt zu vermitteln.

Wenn die dann in ihrem Kämmerchen und am Rechner sitzen und da vor sich hin spielen, kriegt das natürlich erst sehr spät, wenn überhaupt, jemand mit. Und insofern ist das etwas in Frage zu stellen. Es ist eine Überlegung, aber vom medizinischen und von dem, was wir jetzt so uns wünschen würden und was andere Kommunen teilweise auch machen, wenn sie solche Steuern erhöhen, das nämlich in die Prävention stecken, das ist ja nicht hier der hintergründige Gedanke.

Frau Haupt

Herr Heym dazu.

Herr Heym

Im Grunde hat Frau Dr. Gröger das schon beantwortet. Also die Frage wäre gewesen, ob da eine entsprechende Abwägung stattgefunden hat, die eben die Gefahren des eigentlich gut reglementierten Glücksspiels gegen den Graubereich abwägt. Weil, das ist nicht unwichtig.

Frau Haupt

Gut. Dann dürfen Sie die zweite Frage stellen.

Ende des Wortprotokolls

zu 8.3 Herr Haak zu Steuern

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Haak wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Haak

Ja, aus dem Themenkomplex, genau. Der nächste Themenkomplex bei der Vergnügungssteuer war ja, dass die Stadt die Steuer auf Sex- und Pornofilme abschaffen möchte. Da war jetzt nur meine Nachfrage bei uns jetzt hier im Sinne der vernetzten Verwaltung, ob das Auswirkungen hat.

Im Gesundheitsamt wird ja im Rahmen des Prostitutionsschutzgesetzes werden auch Prostituierte mit betreut. Ob das jetzt irgendwelche Auswirkungen hat oder Bedenken. Da war Herr Geier jetzt nicht aussagefähig. Deswegen wollte ich die Frage hier mit hinnehmen.

Frau Haupt

Frau Brederlow hat gesagt, Sie schmunzeln. Sie dürfen.

Frau Dr. Gröger

Ich musste jetzt ein bisschen schmunzeln, weil es Herr Haak so schön formvollendet formuliert hat. Im Finanzausschuss war da so ein bisschen lapidar gesagt worden, im Gesundheitsamt gucken die doch diese Sex- und Pornofilme mit an, so ungefähr. Deshalb war ich jetzt froh, dass Sie das so schön formuliert haben und musste schmunzeln.

Also wir im Gesundheitsamt haben bei dem Prostituiertenschutzgesetz nur einen einzigen Paragraphen, der wirklich für uns greift. Das ist der Paragraph zehn zur medizinischen Beratung. Die umschließt neben der medizinischen Beratung, die die Damen brauchen, oder die Herren, um dann auch ihr Gewerbe entsprechend anzumelden und betreiben zu dürfen. Umschließt natürlich auch so eine soziale Beratung und eine Weiterleitung an entsprechende Beratungsstellen von anderen Trägern. Ja, wenn man merkt, dass da irgendwie noch Probleme sind, ist das unsere Aufgabe.

Alles andere ist eher im ordnungsrechtlichen Bereich angesiedelt und da müsste auch der Bereich schlussendlich dazu Stellung nehmen. Ob das jetzt so viel ins Gewicht fällt, das kann ich Ihnen gar nicht sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir jetzt in den vergangenen eins, zwei Jahren tatsächlich einen Anstieg in den Beratungszahlen haben, was gut ist.

Weil, das zeigt, dass das doch offenbar angenommen wird, dass man das ernst nimmt und das vielleicht auch die Kontrollen, die zum Schutz der Damen und Herren da durchgeführt werden, entsprechend greifen. Aber alles andere, sind tatsächlich gewerberechtliche und ordnungsrechtliche Geschichten, die dann auch da geklärt werden müssten.

Ende des Wortprotokolls

zu 8.4 Herr Haak zur Haushaltsplanung

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Haak wurde für den folgenden Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Haak

Ich würde jetzt. Vorhin, als wir das, die Vorstellung des Haushaltes, wollte ich noch nicht fragen. Der, im Finanzausschuss wissen wir ja, dass, Herr Geier hat ja gesagt, dass der Redaktionsschluss für den Haushalt ja, wenn ich mich nicht irre, Ende Juno ist, ja.

Unsere Frage ist, die Presse ist ja auch nicht da, wie realistisch die Stadtverwaltung das jetzt einschätzt, in der Haushaltsplanung die Höhen, wie man die einschätzt und ob es da noch ein relatives Risiko gibt, dass da noch weitere Kostensteigerungen kommen, die wir jetzt, ob es da noch, zum Beispiel bei HzE, ob man da, ob das einigermaßen realistisch jetzt abgebildet haben oder ob da noch ein Risiko schlummert.

Frau Haupt

Frau Brederlow bitte.

Frau Brederlow

Also, das Thema HzE haben wir tatsächlich auch hoch und runter diskutiert. Das ist jetzt realistischer drin. Deswegen auch der Sprung tatsächlich, der vermeintliche Sprung. Da sind

wir auch dran. Über das Thema reden wir auch quartalsweise. Also, wenn da Veränderungen sind, könnte man das sicherlich auch in Änderungsblättern bringen. Wobei, da gehe ich bei HzE nicht davon aus.

Natürlich ist der Zeitpunkt Juno immer wirklich früh im Jahr. Bei den meisten Haushaltsstellen orientieren wir uns natürlich an den Entwicklungen der letzten Jahre und prognostizieren, wie geht es wahrscheinlich im kommenden Jahr weiter. Das ist bei manchen Bereichen relativ sicher zu sagen. Also, Kita-Bereich beispielsweise, ja. Da die Tarifabschlüsse ja klar sind für nächstes Jahr, kann man das relativ gut sagen. 80 Prozent Personal, also kann ich mit den 80 Prozent gut rechnen.

Bei anderen Bereichen ist das natürlich schwierig. Es wird, wie jedes Jahr, auch in diesem Jahr zu dem einen oder anderen Produkt nochmal Änderungsblätter geben. Weil auch der eine oder andere Fehler da tatsächlich auch im Haushalt aufgefallen ist in den Ausschüssen. Ansonsten haben wir in vielen Bereichen da tatsächlich ein Risiko. Also, wir wissen ja nicht, was passiert im nächsten Jahr. Ich sage nur mal das Stichwort Ukraine. Eskaliert es nochmal und haben wir nochmal eine Flüchtlingsbewegung. Welche Entscheidungen bringt der Herbst der Reformen.

Bringt er Entscheidungen oder wird nur geredet. Auch das ist so ein Punkt, also, insofern, sind da immer eine ganze Reihe von Unwägbarkeiten, die wir haben. Aber das, was jetzt drin ist und wo Sie auch relativ große Anwuchs sehen, ist eben das, weil wir eben im Nachtragshaushalt, der ja auch noch kommt, gemerkt haben, hier haben wir tatsächlich einen höheren Bedarf und müssen darauf reagieren. Also, es scheint mir, in vielen Bereichen, zumindest in meinem Geschäftsbereich, jetzt doch realistischer.

Ende des Wortprotokolls

zu 8.5 Frau Krause zu Untersuchungen in Kitas

Frau Krause sagte, bis zum Jahr 2018/2019 wurden in den Kitas der Stadt im vorletzten Kita-Jahr die Kinder durch den Fachbereich Gesundheit auf Sprache und körperliche Entwicklung überprüft. Diese Überprüfungen halfen auch dabei, mögliche Vernachlässigungen zu erkennen. Aufgrund von Corona wurden diese Kontrollen jedoch eingestellt. Eine Kita-Leiterin äußert, dass sie in ihrer Einrichtung Kinder hat, die spezielle Förderungen benötigen, die normalerweise durch Empfehlungen von Kinderärzten erfolgen.

Sie betont, dass die Überprüfungen für die Kitas eine wichtige Unterstützung darstellten, insbesondere wenn es um die Empfehlung von Therapien wie Logopädie ging. Sie fragt, ob diese Überprüfungen wiederaufgenommen werden und ob es Möglichkeiten gibt, den Kitas zu helfen, um gemeinsam mit den Eltern sinnvolle Lösungen für Kinder mit Sprachstörungen zu finden.

Frau Dr. Gröger berichtet, dass die Kinderuntersuchungen, die früher durchgeführt wurden, seit längerem nicht mehr stattfinden. Obwohl diese Untersuchungen anfangs auf Widerstand stießen, erkannte man schnell deren Vorteile, da sie bei der Einschulungsuntersuchung als Vorbefund dienten. Aktuell ist es jedoch aufgrund gesetzlicher Vorgaben und dem Personalschlüssel nicht möglich, diese Untersuchungen durchzuführen. Die Priorität liegt auf der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben.

Sie betonte, dass eine kommunalpolitische Initiative notwendig wäre, um die Untersuchungen wiedereinzuführen, aber auch dann wäre eine sofortige Umsetzung aufgrund der personellen Situation unrealistisch. Sie hat die Untersuchungen jedoch immer befürwortet.

Frau Brederlow sagte, In der Diskussion wurden verschiedene Ideen angesprochen, die aufgrund bestimmter Rahmenbedingungen nicht umgesetzt werden konnten. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob Kitas mehr Kompetenzen erhalten sollten, um ihre Feststellungen besser zu unterstützen. Der Mangel an Sprachpädagogen in den Kitas wurde hervorgehoben, und es wurde betont, dass eine Multiprofessionalität wichtig ist.

Das Thema betrifft sowohl die Jugendhilfe als auch die Gesundheitsbehörden. Es wurde darauf hingewiesen, dass es besser wäre, frühzeitig Fehlentwicklungen zu erkennen, jedoch momentan die Gesundheitsämter und andere Fachbereiche aufgrund von Haushaltskürzungen nicht in der Lage sind, dies zu leisten. Die Diskussion wird auch mit der Sozialministerin geführt, und es gibt Bestrebungen zur Vernetzung mit dem Fachbereich Gesundheit. Es wurde angemerkt, dass für eine Verbesserung der Situation Landesmittel erforderlich sind.

Frau Dr. Gröger sagte, dass sie Mitte November einen Termin bei der Ministerin hat, um sich über Optimierungsmöglichkeiten und frühere Untersuchungen auszutauschen. Sie plant, im Dezember-Ausschuss von den Ergebnissen des Gesprächs zu berichten, falls bereits Fortschritte erzielt wurden.

zu 8.6 Frau Dr. Kreutzfeldt zu Ratten auf der Peißnitz

Frau Dr. Kreutzfeld fragte zum Thema Ratten auf der Peißnitz. Sie fragte, ob nach der Überprüfung was gefunden wurde.

Frau Dr. Gröger sagte, dass Ratten gefunden wurden und Köderboxen aufgestellt wurden. Diese Köderboxen, die verwendet und aufgestellt wurden, sind sehr sicher und können nur durch autorisiertes Personal geöffnet werden. Für andere Tiere stellen die Boxen keine Gefahr dar, da diese nicht an die Köder rankommen. Die Boxen müssen immer befestigt sein. Der Schädlingsbekämpfer führt regelmäßige Kontrollen durch.

Frau Dr. Kreutzfeld protestierte gegen diese Aussagen. Sie sagte, dass es auf der Peißnitz keine Eichhörnchen mehr gibt und ganz wenig Igel. Sie sagte, dass die Wanderratte in die Natur gehört. Es ist nicht gerechtfertigt, in einem naturschutznahen Gebiet wie der Peißnitz Ratten zu bekämpfen, da diese Tiere in die Natur gehören.

Frau Dr. Gröger sagte, dass die Ratte im Rahmen der Schädlingsbekämpfungsverordnung bekämpft wird. Die Zuständigkeit dafür liegt im Fachbereich Gesundheit. Ihres Wissens wird kein großer Unterschied zwischen der Haus- und Wanderratte gemacht.

Frau Dr. Kreutzfeld bittet um Information, warum auch die Wanderratte in diesem Gebiet bekämpft wird, da es dort augenscheinlich keine Probleme mit Müll gibt. Sie bat um Information, ob im Rahmen der Schädlingsbekämpfung sowohl die Hausratte, als auch die Wanderratte bekämpft werden soll, und wenn ja, wie ist das zu rechtfertigen.

Frau Dr. Gröger sicherte eine Weiterleitung der Anfrage an die untere Naturschutzbehörde zu.

zu 8.7 Frau Dr. Kreutzfeldt zu Kastration von Katzen

Frau Dr. Kreutzfeldt sagte, dass die vom Tierschutz gehört hat, dass Katzen gefunden werden, auch in Wohnungen, die gezielt eingesetzt werden, um Babys „zu produzieren“. Die Katzenkinder werden verkauft und die Mütter vernachlässigt. Diese werden dann vom Tierschutz eingesammelt und es wird versucht, sie zu vermitteln.

Sie fragte, wie der Stand ist bei dem Plan, eine Kastrations- und Kennzeichnungspflicht einzuführen, ähnlich wie in Leipzig.

Herr Lange sagte, dass einzelne Problematiken im Tierschutzbereich auftreten. Eine Generalisierung erfolgt nicht. Eine Lösung kann durch eine Kastrationsverordnung nicht beigelegt werden. Letztendlich würden diese Tiere von dieser Verordnung „gegriffen“ werden. Es gibt einige Einzelfälle, die im Rahmen der Überwachung geklärt werden. Er sagte, ein Angebot zusätzlicher Mittel für die Kastration für die Tierschutzvereine ist wünschenswert. Vom Land wird es angeboten, das wurde den Tierschutzvereinen mitgeteilt. Die Haushaltssituation der Stadt gibt die zusätzlichen Mittel bedauerlicherweise nicht her.

Frau Dr. Kreutzfeldt sagte, dass die Streuner Katzen das Problem sind. Um die muss sich gekümmert werden.

Herr Lange sagte, dass das die Dunkelziffer ist, die man nicht greifen kann.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Die Ausschussvorsitzende **Frau Haupt** bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin